

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterstaff in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 6 Mk.

Erhältlich jeden Mittwoch Redaktionsfluß Sonnabend nachm. 3 Uhr

Interaktionspreis pro ledigspaltene Nonpareillezeile 1 Mark, für Zeilstellen 50 Pfg.

... und Friede den Menschen auf Erden!

Weihnachten, das Fest der Christenheit und des Friedens! Wie schön klingen die Worte in einer Zeit, wo das Morden der Menschen gegen Menschen immer noch Triumphe feiert, in einer Zeit, wo durch die wahnsinnigste kapitalistische Wirtschaftsordnung Regionen von Menschen und unschuldiger Kinder dem Hungertode erliegen, in einer Zeit, wo die ökonomische Entrechtung und Knebelung in ihren abscheulichsten Arten von den herrschenden Imperialisten zur Anwendung gegen die arbeitende Bevölkerung gebracht wird, in einer Zeit, wo die Immoralität bis tief in die regierenden Kreise wie die Pest wütet und die Gewissenlosigkeit aus der tiefsten Not und dem unsagbarsten Elend Riesengewinne zieht. Wir haben den Glauben an das Fest des Friedens und der Liebe verloren. Die Weltgeschichte in ihrem rasenden Lauf zeigt uns ein gewaltiges Morden der Menschen gegen Menschen. Nicht Friede, nicht Liebe, sondern der Iohernde Haß des wirtschaftlich geknebelten Millionenheeres der schaffenden Menschheit gegen ihre Blutsauger und Unterdrücker zeigt uns den Weg, der weit von dem alten Volksglauben abweicht, Weihnachten als das Friedensfest zu feiern.

Wir feiern das uralte heidnische Julfest, das Fest der Winterjonnentwende, das ihnen den Sieg des Lichtes, der Sonne, der Unbesiegtten, bedeute. Die Macht, die die katholische Kirche über die Menschen errang, wurde, je gefestigter ihre Stellung unter den Völkern war, zur Fälschung des Sinnes der Weihnachtsfeier. Alle Kirchenglocken läuteten am Festtage des Friedens, und von den Kanzeln wurden die Waffen zum Menschenmorden gesegnet. Die Vertreter des Christentums unterstützten das Massenmorden in allen Ländern. Sie standen im Dienste der herrschenden Klassen.

Die aufwärtstrebende, sozialistisch denkende Arbeiterklasse ist sich bewußt, daß die Kirche und die kapitalistische Klasse zur Unterjochung der werktätigen Menschheit einig sind. Sie weiß, daß von dort ihr niemals das Heil gebracht werden kann. „Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus kann nur ihr Werk selbst sein.“ Die scharfe Ausprägung der Klassengegenätze seit Beginn des Weltkrieges kann nicht durch halbgebessene Liebesbetuerungen der Religionslehrer verwischt werden. Sie sucht in anderer Form nach Lösung. Und hier zeigen wiederum alle Wege nach den revolutionären Kämpfen. Nur der eigene Kampf wird uns die Erlösung bringen.

Den Sieg des Lichtes, der Sonne, der Unbesiegtten, feiern wir. Licht in allen Köpfen und Herzen, dann ist auch der Sieg unser! Nach den Wirrsalen der langen Jahre zeigen sich in weiter Ferne Lichtpunkte. Sie alle leuchten auf der großen, breiten Geerstraße, wo das Proletariat geeint und geschlossen marschieren muß, wenn es erfolgreich den Kampf gegen seine Feinde bestehen will. Die größte Klasse der Menschheit, die arbeitende Bevölkerung, in allen Ländern, leidet und leidet gleichmäßig unter dem Druck der Kapitalisten. Sie wird überall von der gleichen impulsiven Triebkraft bei ihrem Handeln bestimmt, sich von der kapitalistischen Knebelung und Bevormundung freizumachen. Ueber die Bestrebungen herrscht Einigkeit, nicht so aber in der Anwendung der Mittel zur Erreichung des Zieles. Hier besteht große Unklarheit, die sich noch seit dem Zustrom von Millionen der Enterbten zur organisierten Arbeiterarmee und zur Freude der Feinde ausweitete und die Verwirklichung der Bestrebungen in Gefahr zu bringen droht. Trotz der gewaltigen Organisationen, wie sie bei einer andern Klasse nicht aufzuweisen sind, stehen die Errungenschaften weit hinter der organisatorischen Macht. Der Haß und der Streit in den Reihen der Proletariat sind nicht geeignet,

die geschlossene Macht bei den Kämpfen in die Waagschale zu werfen. Unsere Feinde ziehen daraus großen Nutzen und sind mühelos imstande, ihre Abwehrpositionen zu befestigen und zum Angriff überzugehen.

Seit dem letzten christlichen „Friedensfest“ ist die Verelendung der schaffenden Menschen mit Riesenschritten vorwärtsgeschritten. In den Kreisen der Volksausbeuter haben jedoch im gleichen Tempo der Luxus und das Schlemmerleben zugenommen. Je größer die Armut der werktätigen Menschen, um so müheloser die Auffpeicherung des Mammons in den Händen einzelner! Millionen von Kindern der Proleten sterben an Unterernährung dahin. Hungerstnot in den weitesten Kreisen. Wie bei uns, so in den Ländern der Entente. Grauenhafte Verwüstung von Kulturgütern durch den imperialistischen Krieg. Jahre werden noch vergehen, bis die Spuren verwischt sind. Bis dorthin sollen nach dem Willen der herrschenden Klassen die Arbeiter im grauenhaften Elend verkommen. Der Kapitalismus ist sich längst einig, daß die durch den Krieg erstandenen Riesenschulden nur von der Arbeiterklasse getragen werden müssen. Unerhört hohe Steuern und Abgaben werden auf die Schultern der Vermögenden gewälzt. Der Kapitalist bringt seinen Mammon nach dem Auslande in Sicherheit. Selbst der mühsamen und wenigen Errungenschaften soll der Arbeiter beraubt werden.

Friede den Menschen auf Erden ist der Kapitalistenklasse fremd. Der Kampf gegen die entrechtete und darbenende Klasse soll weiter mit aller Schärfe geführt werden. Er ist in allen Ländern entbrannt. Das gewaltige Ringen zwischen Proletariat und Kapital hat begonnen. Den Ausgang der großen revolutionären Klassenkämpfe können wir alle günstig beeinflussen, wenn wir allen unsern Handlungen die Einigkeit als Leitstern voranstellen. Dem Kapitalismus kann die Macht nicht aus den Händen genommen werden durch die Demokratisierung der Wirtschaftsordnung. Die Demokratie im Wirtschaftsprozess und im Einverständnis der kapitalistischen Interessensvertreter ist undurchführbar, unmöglich und nie zu erreichen. Das kapitalistische Imperium weicht freiwillig von seiner Machtstellung nicht zollbreit zurück, es wird niemals seine errungene Position freiwillig aufgeben. Die Auswirkungen auf diesem Gebiete zeigen, daß alle Verfechter dieser Theorie elend Schiffbruch gelitten haben. Alle derartigen Bestrebungen mußten scheitern.

Der Friede auf Erden kann der arbeitenden Klasse nur durch den Kampf gesichert werden. Auf Grund ihrer dominierenden Stellung im Wirtschaftsprozess kann sie sich nur durch den Kampf den Platz erobern, der ihr zusteht. Um das zu erreichen, bedürfen wir der Einigkeit aller Hand- und Kopfarbeiter. Uneinigkeit hindert uns am Vormarsch und setzt uns schwach matt. Durch die Uneinigkeit wird aber die Position unserer Gegner bedeutend gestärkt. Es sind daher falsche Wege, die von wenigen Stürmern beschritten werden, denen die Entwicklung und der Marsch der Arbeiterarmeen zu langsam geht, und die in ihrer Verzögerung den Kampf gegen die eigenen Klassengegenossen führen. So kann unserer Sache nicht gedient werden. Jedoch wird bestimmt eintreten, daß dann alle Teile der Arbeiterbewegung in ihren Aktionen unterbunden werden. Es wird die Schlagkraft geschwächt, der Marsch noch mehr verlangsamt und die Stellung der Kapitalisten gefestigt. Die theoretischen Gegensätze dürfen nicht zum Penderkampf in unsern Reihen ausarten. Jedem, dem es ernst ist mit der baldigen Verwirklichung unserer Ziele, muß für die Erhaltung der Einigkeit aktiv wirken.

Weihnachten im Zeichen des Kampfes! Das gewaltige, gigantische Morden der Enterbten gegen ihre Ausbeuter wird uns die Friedensweihnacht bringen, die wir festlich

begehen werden. Die Sonne wird dann allen scheinen und allen Licht spenden. Die Ausgestoßenen werden Anteil nehmen an der Kultur. Die Arbeit wird zur Freude und Wohltat.

Der zu unserm Ziele führende Weg geht über große Hindernisse. Wir wollen recht fleißig mitarbeiten zur Freimachung der Bahn. Jeder einzelne hat dabei seinen Mann zu stellen. Keiner darf abseits stehen, alle haben Hand anzusetzen. Noch sind viele Zweifler und Kleingläubige nicht in unsern Reihen. Sie liebäugeln noch mit ihren wirtschaftlichen Gegnern und schädigen ihre Interessen und die der Allgemeinheit. Diese Kreise hemmen uns beim Vormarsch, stützen unsere Gegner und wehren dort unsern Angriff ab. Sie müssen für unsere Ideen überzeugt und für unsere Sache gewonnen werden. Helft mit, daß die arbeitende Klasse bald das Julfest feiern kann, das Fest des Sieges über die Finsternis und Reaktion!

Die praktischen Aufgaben der Betriebsräte.

Von Robert Ditzmann*

Wir haben es mit zweierlei Aufgaben zu tun: erstens mit den im Gesetz umschriebenen, und zweitens mit den Aufgaben, die wir uns selbst als revolutionäre Sozialisten stellen. Betrachten wir zunächst die Aufgaben im engeren Sinne. Ich bin im Laufe des letzten Vierteljahres oft dem Einwand begegnet: Was wollt ihr freien Gewerkschafter denn? Ihr habt ja nur engere Aufgaben zu vertreten und könnt von eurem engeren Gesichtspunkt aus die revolutionären Aufgaben des Proletariats nicht erfüllen. An andern Stellen sagt man: Durch eure enger gefaßten Arbeiten befeitigt ihr nicht den Kapitalismus, sondern ihr unterstützt ihn; denn ihr tragt dazu bei, daß er weiter fortwurzeln kann. Ich erlaube mir die nächsterne Frage an die anwesenden Betriebsräte, ganz gleichgültig, ob sie sich revolutionär nennen oder im Sumpf stecken oder rechtssozialistisch orientiert sind, ich erlaube mir folgende Frage an sie: Was macht ihr denn alle miteinander in der Praxis des Tages? Es soll sich der erste hier herstellen und sagen: „Kameraden, ich bin derjenige, der nur echt revolutionäre Arbeit leistet!“ Das Betriebsratsmitglied, das in der Praxis, auf dem Bau oder im Schacht sagen würde, ich habe nur große revolutionäre Aufgaben zu erfüllen und die Kleinräuber und Tagesnöte der Arbeiter gehen mich nichts an, das würde nur 4 Wochen amtierend und wäre dann herunter. Ich sage: das eine tun und das andere nicht lassen.

Folgt mir einen Augenblick auf das Gebiet der kleinen revolutionären Kämpfe des Tages! Wir setzen da, wie mühselig der Weg ist, den wir zurückzulegen haben. Zunächst: Wie hat der Betriebsrat an seine Aufgabe heranzutreten? Ich rate euch immer: Seht ihr an den Unternehmer heran, dann betrachtet euch nicht als Mittstellers, sondern ihr seid Vertreter der Belegschaft und habt nicht zu bitten, sondern zu fordern. Ich rate euch aber weiter: Was ihr zu fordern habt, das muß sachlich begründet werden. Ihr habt euch vorher zu verständigen, wer es vorzutragen hat, wer es begründet, und ihr habt dafür zu sorgen, daß ihr beim Arbeitgeber Achtung und Respekt bekommt. Das bekommt man nicht durch leere Schwadronage, indem man den Mund weit aufreißt bis hinter die Ohren, sondern indem man dem Arbeitgeber zeigt, daß der Betriebsrat großes Wissen, Willen und Können mit sachlichem Ernst vereinigt. Das ist der Weg, den wir zunächst zu betreten haben.

Ihr habt zu verlangen, daß ihr ein Bureau bekommt, daß ihr Sprechstunden abhalten könnt. Da geht der Kampf schon los, da haben wir bereits einen revolutionären Kampf um Meistliste, Vintenzähler, Papier und Alineal zu führen. Telefonanlage gibt es nicht nach Ansicht des

* Wir entnehmen die vorstehenden Ausführungen dem von Robert Ditzmann, Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, auf dem Betriebsratskongress über die Aufgaben der Betriebsräte gehaltenen Vortrag. Der Vortrag wird vom Verlag des „Volkswahl“ in Frankfurt a. M. zum Preise von 60 A als Sonderdruck herausgegeben. Den Betriebsräten unserer Verlage empfehlen wir, die hier wiedergegebenen Darlegungen Ditzmanns durchzulesen und sie zu beherzigen. Die Redaktion.

Unternehmers, die Unternehmer versuchen auch, die Sprechstunden zu verhindern und die Abhaltung von Betriebsratsitzungen während der Arbeitszeit zu verbieten. Hand in Hand mit den Bestrebungen der Unternehmer, die wichtigsten, veräußerten Rechte der Betriebsräte im Gesetz zu schmälern, geht die bürgerliche Rechtsprechung auf allen Gebieten. Hier stehen uns noch schwere Kämpfe bevor. Ihr müßt eure Arbeit einteilen, ihr müßt Kommissionen bilden, damit immer zwei oder drei, möglichst Kopf- und Handarbeiter, vereint die einzelnen wichtigen Fragen bearbeiten.

Arbeitsteilung beim Betriebsrat ist notwendig. Der Vorsitzende hat das Ganze zu überwachen und zu leiten, und die Kommissionen haben dem Betriebsrat Bericht zu erstatten. Wie stellt ihr euch zu der Frage der Freistellung von Betriebsräten? Die Unternehmer müssen euch zu weit freistellen, wie ihr nötig habt, um eure Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Die Unternehmer glauben, euch unter Polizeiaufsicht stellen zu können. Sie verlangen, daß das Betriebsratsmitglied, wenn es sich vom Arbeitsplatz entfernt, dies vorher dem Meister meldet und daß es bei Rückfragen in einer andern Abteilung sich nicht gleich an den Arbeiter wendet, sondern zunächst an den Meister. Es fehlt nur noch die Vorschrift, daß nach gutem, altem preussisch-militärischen Brauch dabei die Gassen zusammengeschlagen werden müssen. Nein, das ist des Betriebsrates unwürdig. Er soll sein Verhalten und Benehmen so einrichten, daß man ihm nichts am Zeuge flüchten kann, aber er darf nicht der Kleinräumer und Schläne des Unternehmers ausgehört sein.

Wenn wir im Parlament und durch außerparlamentarische Aktionen in Kürze für die gründliche Verbesserung des Betriebsratsgesetzes eintreten, dann verlaßt euch darauf, sammelt das Unternehmertum auf der ganzen Linie Material gegen euch. Die Unternehmer haben längst damit begonnen, passiv sich festzustellen, was dem Arbeitgebertum die Betriebsräte kosten. Kommen sie uns mit dieser Statistik, dann werden wir sie fragen: Wer hat die Rechnung aufgestellt? Ich bitte euch aber, stellt auch ihr von Woche zu Woche im Betrieb fest, was ihr für Ausgaben habt, wieviel Stunden euch bezahlt worden sind bei Ausübung eurer Betriebsratsstätigkeit.

Die Unternehmer haben in jeder Organisation zentral- und bezirksweise überall ihre Syndikate, verfassungsmäßige Rechtsanwälte, Wirtschaftsdoktoren und sonstige Rechtsvertreter angestellt, zu dem alleinigen Zweck, die Rechtsprechung noch mehr zu verdrängen, zugunsten der Betriebsräte. Wenn ihr an die Schlichtungsausschüsse und Gewerbeinspektoren geht, dann rate ich euch: Prüft jeden einzelnen Fall vorher, ob er hieb- und stichfest ist; denn sonst bekommt ihr noch viel mehr eine Rechtsprechung, die euch kein Recht gibt.

Ich warne daher, daß ohne zwingende Not die Betriebsräte vollständig freigestellt werden. In Großbetrieben ist es nicht zu vermeiden, aber seid euch über eins klar: Ihr habt eine ganz andere Position, wenn ihr teilweise wenigstens im Produktionsprozeß bleibt. Aus zwei Gründen warne ich vor der vollständigen Freistellung. Erstens, ihr wißt, daß wir nicht von heute auf morgen alles durchsetzen können, was die Völgerschaft verlangt, und wenn ihr freigestellt seid, dann seid ihr, noch ehe ein Jahr vergeht, viel mehr als Betriebsratskonzepte verdrängt, als wir jemals als Gewerkschaftsorgane verdrängt wurden. Das liegt mit in den Zeiten, in denen wir uns befinden. Das Betriebsratsgesetz ist im März in Kraft getreten, und heute schreiben wir Oktober. Wir haben jetzt schon einen Teil von Betrieben, wo wir keinen tüchtigen Kollegen mehr für das Amt als Betriebsrat bekommen können. So schnell ist das Abwärtsgehen gegangen! Warum? Weil die Not und das Glend der Zeit die Gemüter aufpeitschen, und weil unsere Klassen nicht genügend durchgebildet sind, sondern in vielen Fällen den ersten besten gewissenlosen Geher gegen die Betriebsratsmitglieder zum Opfer fallen. Ich weiß die jüdische Kränzl zu schätzen, aber Kritik und gewissenlose Gehe muß man auseinanderhalten. Wir sind glühende Anhänger des Käsegebäudes, wenn uns auch oft unterstellt wird, wir seien nur Scheinreunde; wir wollen aber, daß der Käsegebäude sich gesund entwickelt zu einem kräftigen Gebäude. Das kann aber nur geschehen, wenn der Unterboden gesund ist. Aus einem ungesunden Boden werden wir immermehr ein gesundes Gewächs zu bringen. Auch aus einem andern Grund rate ich euch, die Räte nicht freizustellen. Die Menschheit ist nicht in allen Ländern so heil. Ich weiß nicht, ob ihr wißt, ich habe eine Reihe Beispiele dafür, daß ganz freigestellte Personen nicht in jedem Fall den Verurteilungen standhalten können, die täglich an sie herantreten. Das Unternehmertum ist raffiniert, und wenn ihr die Leute ganz freistellt, dann verpaßt es mit allen Mitteln, den einzelnen zu bezugsuchen.

Eine andere Frage: Sollen die Betriebsräte sich beschäftigen mit dem vielen Drama und Dram, mit Lehen- mittelverkauf usw.? Ich sage: nein, das ist nicht die Aufgabe von Betriebsräten, sie haben andere Aufgaben zu erfüllen. Ich will das Kapitel nicht im einzelnen besprechen, es ist besser so. Wo ihr Kantinen habt, wo vielleicht beruht wird, der Not durch billigen Einkauf entgegenzutreten, da übertragt diese Aufgabe anderen, und die Betriebsräte sollten höchstens die scharfe Kontrolle übernehmen. Ihr habt den Köchen und Bedienten eurer Auftraggeber, der Arbeiter des Betriebes, gerecht zu werden. Vorher aber hat ihr folgenden Grundsatz anzupassen: Alles, was gemeinsame Fragen sind, die die Gesamtheit der ganzen Abteilung angeht, habt ihr sofort zu erledigen. Handelt es sich aber um Besondere des einzelnen, dann rate ich euch, sagt dem einzelnen Besonderebesitzer: Freund, da sagst du mir mal selbst besprechen, und erst, wenn du kein Recht bekommst, haben wir die Pflicht, was deiner Besondere angeht. Wenn wir die Arbeiter unterstützen ergreifen wollen, dann verlange ich von dem einzelnen, daß er zunächst selbstständig genug wird, um im Betrieb nicht die Courage bei seiner Besondere zu verlieren. Ich weiß genau, es geht sonst dem Mund weit aus, und wenn er im Betrieb selbst als einzelner Courage zeigen soll, dann kriegt er sich überläßt das andere. Ich lese das Wort: *Courage*, geht da herum, da sagt der größte Erfolg aus!

Ihr müßt da, wo das Stammhaus Zweigstellen unterhält, die engste Verbindung zwischen den Betriebsräten aller einzelnen Werke anstreben, aber darüber hinaus müßt ihr bei Werken wie der U. C. G., Siemens-Schuckert usw. dafür sorgen, daß die Betriebsräte der einzelnen Werke im ganzen Reich in engste Verbindung gebracht werden. Wir haben jetzt in der Metallindustrie den ersten Fall, wo ein der größten Mutterwerke genehmigt hat, daß eine Betriebsratsbesprechung aus allen Werken des Reiches abgehalten werden kann unter der Bedingung, daß Sonntags getagt und von jedem Werk nur ein Vertreter gesandt wird.

Schon, das ist ein Anfang, das einheitliche Zusammenwirken muß eintreten. Ich übergehe eine Reihe anderer Fragen. Die Arbeitsordnung muß getragen sein von dem Geist, daß in die Arbeitsordnung nur hineingehört, was hinein muß. Alle materiellen Fragen, Lohn, Arbeitszeit, Vergütung der Ueberstunden usw., gehören nicht in die Arbeitsordnung, das muß von Organisation zu Organisation erledigt werden. Ihr habt zu fordern, daß bei allen Bekanntmachungen der Unternehmer, bei allen Einzelanordnungen ihr als Betriebsräte vorher nicht nur gehört werdet, sondern daß ihr eure Genehmigung zu geben habt. Nicht der Unternehmer allein hat am schwarzen Brett anzuschlagen, ihr auch nicht allein, sondern beide zusammen. Laßt euch euer Recht nicht nehmen. Ich weiß, damit habt ihr täglich zu kämpfen, der Herr im Hause will dem Arbeitgeber noch nicht aus den Knochen heraus, er ist jeden Tag dabei, seine Herrschaft erneut zu festigen. — Richtlinien für Einstellung und Ent-

Verbandsmitglieder!

Das Jahr geht zu Ende, zahlt restlos eure Beiträge! Keine Reste mit in das neue Jahr hinübernehmen!

Lassung von Arbeitern. Wenn ihr auf einem Gebiet Schwierigkeiten bekommt, dann auf dem. Ich weiß aus Verhandlungen mit den Industriellen: Die Unternehmer lehnen es konsequent ab, euch auf dem Gebiet auch nur eine Konzession zu machen. Sie berufen sich auf § 81 Absatz 4 des Gesetzes, wo es heißt:

Im Rahmen der Richtlinien hat über die Einstellung des einzelnen Arbeitnehmers der Arbeitgeber allein ohne Mitwirkung oder Aufsicht des Arbeiterrats oder Angefallenenrats zu entscheiden.

Solltet ihnen aber den Absatz 3 dieses Paragraphen unter die Nase:

Einstellungen, die auf einer gesetzlichen, tarifvertraglichen oder durch Schiedspruch eines Schlichtungsausschusses oder einer vereinbarten Einigungs- oder Schiedsstelle auferlegten Verpflichtung beruhen, gehen den Richtlinien in jedem Falle vor.

Absatz 3 hebt den Absatz 4 wieder auf oder umgekehrt. Wir haben zu verlangen, daß wir bei Einstellungen und Entlassungen auch mitwirken. Hier haben wir es mit ureigenen Rechten der Arbeitervertreter zu tun. Dabei dürfen wir uns nicht vergessen: Von dem ist der § 81, der noch andere Paragrafen enthält, gefestigt und gezeichnet worden? Als wir verhandelten, waren es christliche und girya-Dunderlöse Vertreter, die sagten, wir können uns den Forderungen des Metallarbeiterverbandes nicht anschließen, wenn sie für den Betriebsrat das Recht verlangen, bei der Einstellung der einzelnen Arbeiter mitzuwirken. Ich lehne den Fall aus zwei Gründen an; einmal, um ihnen zu sagen: Träumt nicht davon, daß ihr diese Wasserjungenpolitik von heute auf morgen umwandeln könntet, daß ihr diese Leute von heute auf morgen auf den revolutionären Kampfboden bekommen könnt. Sorgt erst dafür, daß ihr die 9 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf den gemeinsamen Kampfboden bekommt. Galt ihr das geian, dann möchte ich euch vor Glückseligkeit um den Hals fallen. Also, wir wollen die Dinge nehmen, wie sie sind.

Ich gehe über eine ganze Reihe von Detailfragen hinweg, obwohl ich der Meinung bin und es offen gesteh: Wir streiten zuviel, und bei dem Streit vergessen wir zu leicht, daß die Betriebsräte darauf warten, lauern, hungern, praktische Anweisungen für ihre Arbeit zu bekommen.

Hundertbare Beschlüsse.

Schärfere Maßnahmen zur Erreichung der Getreideablieferung abgelehnt.

Kuchenbrotverbot im Reichstag beschlossen.

Von der Regierung wurde man schon längst, daß sie von allen guten Geistern verlassen ist. Ihre Maßnahmen zur Erreichung der Volksernährung bewirkt immer das Gegenteil von dem, was erreicht werden sollte. Wir kommen daher immer mehr in das Glend. Die Not steigt höher, und heute ist es kein Geheimnis mehr, daß, wenn nicht sofort eine Wendung eintritt, wir in nächster Zeit schon vor einer Hungerskatastrophe stehen werden.

Zugelang ging das Abgeordnetenhaus im Reichstag und scharte Räte gegen die Maßnahmen des Reichsernährungsministers. Im Reichswirtschaftsrat bemühen sich die Vertreter im Schwere ihres Angeichts, das Problem zu lösen, das uns mit Sicherheit aus diesem Glendzustand herauszuführen könnte. Das dem sich zu Bergen aufzurufen Redewortschwall ist nun bei der Entscheidung ein Mäuslein herausgekommen.

Der Hansblausatz unterbreitete dem Reichstag einen Antrag, nach dem die schärfsten Maßnahmen zur Erreichung der Ablieferung des Brotgetreides zu ergreifen sind. Der Antrag wurde aber in der Plenarsitzung am 15. Dezember abgelehnt. Der Reichstag in seiner Mehrheit hat also bekräftigt, daß der notwendigste Zustand weiterbestehen soll und die arbeitende Bevölkerung in allerhöchster Zeit gewonnen sein wird, mit Brot, aus den mikrobiellen Erzeugnissen hergestellt, vorlieb-

zunehmen. Um der Scharlichkeit die Krone aufzusetzen, wurde aber beschlossen, ein Verbot des gewerblichen Kuchenbackens zu erlassen.

Durch das Kuchenbrotverbot, das die Ernährungsminister auf der Konferenz in Weimar ablehnten und worüber wir auch in der letzten Nummer unserer Zeitung berichtet haben, glaubt nun die Reichstagsmehrheit das Glend der Brotversorgung zu beheben. Wir können den Herrschaften heute schon versichern, es wird durch diese Maßnahme kein Gramm Brot mehr zur Verteilung kommen. Das eine wird aber ganz bestimmt und schon in den allernächsten Tagen eintreten, daß Hunderte von Gehilfen entlassen werden und die Glendziffer der Arbeitslosen sich beträchtlich steigern wird.

Der Reichstag in seiner Mehrheit hatte nicht den Mut zu beschließen, daß mit den schärfsten Maßnahmen gegen die Landwirte vorgegangen wird. Diese werden jetzt noch frecher auftreten und mit der Ablieferung des Pflichtteiles noch mehr zurückhalten. Aber dazu war die Mehrheit des Reichstages stark genug, einen Beschluß zu fassen, der Hunderte unserer beschäftigten Kollegen in den Konditoreien in das graue Glend, auf die Straße wirft. Wir erheben auf das nachdrücklichste Protest gegen das Kuchenbrotverbot.

Lehrlingswesen.

Tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung.

Auf Ansuchen unseres Bezirksleiters, Kollegen Kumeleit, Frankfurt a. M., an das Reichsarbeitsministerium, in Sachen der tariflichen Regelung der Entschädigung für die Lehrlinge eine klare Entscheidung treffen zu wollen, erfolgte von dort unterm 30. November nachstehende Antwort:

Das Reichsarbeitsministerium vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht die besonderen Stellen gesetzlich übertragenen Befugnisse hierdurch berührt werden.

Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung den Innungen und Handwerkskammern derartige Befugnisse zugewiesen. Eine tarifvertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Handwerkslehrlinge ist hiernach nur insoweit zulässig, als nicht die Innungen oder Handwerkskammern zuständig sind oder als diese von ihren Befugnissen keinen Gebrauch gemacht haben.

Die bezeichnete Zuständigkeit der Innungen und Handwerkskammern beschränkt sich meines Dafürhaltens auf die öffentlich-rechtliche Seite des Lehrverhältnisses, das heißt auf die Regelung derjenigen Bestimmungen des Lehrvertrages, die unmittelbar die Ordnung des Lehrverhältnisses, die Ausbildung des Lehrlings, die Ablegung von Prüfungen, die Feststellung der Befugnis zur Anleiung von Lehrlingen, die Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen und die Sicherung des Zweckes der Lehre angehen. Die Innungen und Handwerkskammern sind dagegen nicht befugt, in die rein privatrechtlichen Beziehungen zwischen Lehrmeistern und Lehrlingen einzugreifen und Vorschriften über die den Lehrlingen zu leistende Vergütung, Vergütung oder Kostenschädigung zu treffen.

Hiernach können diese Entschädigungen auch für Handwerkslehrlingetarifvertraglich vereinbart werden. Die tariflichen Bestimmungen treten alsdann, soweit sie für die Lehrlinge günstiger sind, an die Stelle der betreffenden Bestimmungen der Einzelverträge.

Nach dieser Entscheidung sind die Gewerkschaften für die tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung und sonstiger Bestimmungen in den Arbeitsbedingungen zuständig. Wir eruchen die Zahlstellen, nun überall sofort mit den Innungen zur Festlegung der tariflichen Bedingungen für die Lehrlinge in Unterhandlungen zu treten. Wo sich die Handwerkerorganisationen weigern sollten, verweise man auf die neueste Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Eine Antwort an den Vertreter der Oberfränkischen Konditoreninnung in Bayreuth.

In Nr. 48 der „Allgemeinen Münchner Konditoren-Zeitung“ brachte „Einer, dem sein Beruf am Herzen liegt“ ein Eingeländt, durch das wieder einmal treffend bewiesen wird, wie rüchständig die Konditoren noch sind. Es ist uns in diesem Falle bekannt, wenn der „Beruf am Herzen liegt“. In dem Eingeländt wird die Laribewegung der Gehilfenschaft von dem Gesichtspunkte aus behandelt, wie es eben die oberfränkischen Vertreter im allgemeinen taten, das heißt, man erkennt den in Nürnberg gefällten Schiedspruch über die Löhne, der für die ganze Kreisinnung gelten sollte, einfach nicht an. Der Meister erzählt zuerst, daß er nach Nürnberg gefahren sei, um mit dem Leiter des Landeseinigungsamtes zu konfrieren, und sagt dann weiter:

„Ich machte meine Einwände hauptsächlich dahin geltend, daß ein einheitlicher Tarif, nach dem Alter aufgestellt, für uns insolge der Verschiedenartigkeit der Geschäfte in unterm Berufe eine unwirtschaftliche Maßnahme sei, weil es bei uns oft vorkommt, daß ein dreißigjähriger Gehilfe weniger leistet als ein zwanzigjähriger, da es seltener an der nötigen Geschicklichkeit fehlt, weshalb wir unsere Gehilfen nur nach der Leistung bezahlen können. Wird uns aber der Tarif nach Altersstufen aufgezungen, so werden die nichtleistungsfähigen älteren Gehilfen entlassen werden, wodurch die Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. Aber auch die einheitliche Regelung für ganz Oberfranken halte ich für falsch, es müßte vielmehr eine Abstufung für mittlere Stöße um 20 % und für kleinere um 30 % Abgebot vorgeesehen werden. Bezüglich der Ueberstunden führte ich aus, daß wir bereit sind, die Ueberstunden zu erhöhtem Preis zu bezahlen, wenn die Stunden, die an verschiedenen Tagen wegen Mangels an Arbeit nicht geleistet werden können, in der gleichen Weise in Abzug gebracht werden können. Wir haben aus diesem Grunde schon immer die monatliche Entlohnung unserer Gehilfen gehabt, um einen für beide Teile gerechten Ausgleich

herbeizuführen und die zu leistende Stundenzahl auszugleichen. Urlaub und ein freier Wochennachmittag für geleistete Sonntagsarbeit waren schon früher bei uns Selbstverständlichkeiten. Die Besprechungen im Landesseminar machten mich auf einen Fehler in unserer Organisation aufmerksam. Es fehlt bei uns eine Gehilfenorganisation für ganz Bayern, die nur die reinen Konditorgehilfen umfassen soll, weil wir doch von diesen ein Verständnis für Eigenarten unseres Berufes erwarten dürfen. Erwähnenswert für viele Kollegen und die vernünftigen Gehilfen ist die Tatsache, daß der Tarif nur für solche Gehilfen gilt, die sich dem vorerwähnten Verband angeschlossen haben, während die diesem Verband fernstehenden freien Vereinbarungen über Entlohnung mit ihrem Meister treffen können. Gerade in dieser Beziehung sind in einigen Plätzen sowohl die Meister wie vernünftige Gehilfen hereingefallen, weil sie der Meinung waren, sie müßten sich ohne weiteres dieser Arbeitnehmerorganisation fügen, eben in Anerkennung der geltenden Bestimmungen. Aber auch denjenigen Gehilfen, die einen zeitlichen Erfolg dem vernunftgemäßen vorziehen, will ich etwas die Augen öffnen, wohin die Fahrt geht, wenn sie sich nicht auf sich selbst besinnen, und daß nicht diese die wahren Freunde sind, die sie mit noch so schönen Worten umgaukeln, sondern diejenigen, die seit vielen Jahren für die Existenzmöglichkeiten des ganzen Berufes gekämpft haben. Die einen sorgen als Parteisekretär für Umklärung, fast hätte ich Heße gesagt, damit die Arbeitnehmergroßen in ihre Tische fließen, die andern dafür, daß sie Arbeit und angemessenen Verdienst erhalten. In dem von mir angezogenen Fall ist der Arbeiterssekretär ein Unabhängiger, von Geburt ein Ausländer, und zwar der schlimmsten Sorte, er bedrückt die anständigen Geschäftsleute, wo er nur kann, und hat sich während des Krieges schon als lästiger Ausländer gezeigt.

Dann kommt der Herr noch auf das Kuchenbackverbot zu sprechen und macht dafür besonders die „Unabhängige Partei“ verantwortlich, obgleich bekanntlich in allen politischen Parteien Vertreter eines solchen Verbotes vertreten waren und Stellung dazu nahmen. Zum Schluß gibt er noch einige Phrasen von sich über Organisationen, die von Arbeitern leben, die aber für das spätere Fortkommen der Gehilfen kein Interesse haben, so daß diese ihnen schleunigst den Rücken kehren sollten. Auf all diesen unversorgenen Ansinn soll nur folgendes erwidert werden:

Es war zwieseltönd eine verfehlte Politik, die die Prinzipale vor dem Kriege betrieben und heute noch betreiben; und zu bedauern ist die oberfränkische Innung beziehungsweise deren Vertreter sehr, der, wie er ausführt, erst durch die Verhandlungen vor dem Landesseminar Nürnberg auf die Wichtigkeit einer reinen Konditorgehilfenorganisation aufmerksam wurde. Wenn sich vor dem Kriege ein Gehilfe organisatorisch betätigte oder nur Mitglied einer Organisation war, so wurde er auf die Strafe gesetzt. Heute ist man auf der Arbeitgeberseite erst darauf gekommen, daß das nicht richtig sei. Was die Herren damals durch ihre Kurzsichtigkeit gerührt haben, müssen sie eben heute auf eigene Rechnung nehmen. Die Lohnverhältnisse in unterm Gewerbe spotten heute noch hauptsächlich in den Kleinstädten, jeder Beschreibung, und es gibt für die Arbeitgeber einfach kein Gesetz oder eine gezielte Arbeitszeit. Deswegen haben sich die deutschen und insbesondere die bayerischen Konditorgehilfenvereine veranlaßt, um sich vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen, dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Sitz Hamburg, der über 60 000 Mitglieder zählt, anzuschließen. Er ist uns heute ein kräftiges Rückrats. Es ist uns auch sehr begreiflich, warum jener Meister nur einen Lohnsatz nach Leistung haben will, weil nämlich niemand imstande ist, auf die Weise, wie er es meinte, eine Leistung festzustellen. Der Meister hätte immer im voraus die Gewähr, den Tarif umgehen zu können; denn die Gehilfen könnten ihm nie genug „leisten“. Die Ungelegenheit, die den Herrn von Oberfranken nach Nürnberg trieb, ist uns nur ein Beweis dafür, wie ungern die Prinzipale in den Geldbeutel greifen. Wenn es nicht so wäre, hätte sich die oberfränkische Konditorinnung überhaupt nicht erst vor das Landesseminar stellen lassen! Wäre diese Innung der Organisation der Gehilfen mit anständigen Angeboten entgegengekommen, so wäre sicher eine Einigkeit zu erzielen gewesen, und der Weg nach Nürnberg wäre ihr erspart worden. Aber die Gehilfenschaft Bayerns ist heute im Zentralverband organisiert, und nur solche stehen diesen noch fern, die unter dem Druck der Arbeitgeber abgehalten werden. Auch diesen werden die Augen noch geöffnet werden, ebenso wie sie jetzt der oberfränkischen Konditorinnung aufgehen, die die Entwicklung der Gehilfenorganisation verschlafen hat. Es ist aber traurig, daß nur dort die Gehilfen zu ihrem Rechte kommen, wo die Organisation stark dasteht; wären die Meister den Gehilfen mit Löhnen, die den Leistungsverhältnissen entsprechen, entgegengekommen, so wäre schon mancher Streik erspart geblieben. Kommt eine Forderung von den Gehilfen, so ist sie nur auf die ständig steigende Teuerung oder auf kurzfristige reaktionäre Maßnahmen der Arbeitgeber zurückzuführen. Die Gehilfenschaft fordert ihre Rechte, und die Organisation muß diese zur Durchführung bringen. Wir wissen auch, wer in dem Eingehand mit dem betreffenden Sekretär gemeint ist. Es handelt sich nicht um einen Partei-, sondern um einen Gewerkschaftssekretär. Auch hier muß man die Kirche im Tische lassen und nicht solche Leute als „Heße“ bezeichnen, die ihren Mitmenschen zu ihrem geordneten Rechte verhelfen. Leider hat nicht jedermann den Mut, für das Recht der Arbeiter zu kämpfen. Da übermäßige Forderungen von den Gehilfen nicht gestellt werden, muß es im Interesse beider Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, liegen, zu einer Einigkeit zu kommen; aber durch die falschen Ansichten von Querschnitten, sagt ganz richtig der Vertreter von Oberfranken, scheitern meist die Verhandlungen. Ein Handwerk, das nicht in der Lage ist, seine erforderlichen Arbeitskräfte zu ernähren, ist auch nicht wert, zu existieren, und darf ruhig zum Zeufel gehen. Das trifft aber für unser Gewerbe sicher nicht zu, sondern der Arbeitgeber will nur den ganzen Speck für sich einstecken und seine Angestellten darben lassen. Die Arbeitnehmer sind heute jedoch auch imstande, Kalkulationen aufzustellen, Umsatz und Reingewinn zu berechnen. Die Prinzipale wissen recht wohl, daß ihre eigenen persönlichen Aufwände recht hohe sind; kümmern sich aber wenig darum, wie ihre Angestellten auskommen, sondern geben letzteren bloß einen finken Finger in den Mund, erzählen ihnen blaue Wunder

vom späteren Fortkommen und vom Selbständigwerden. Daß es nicht möglich ist, mit den heutigen Hungerlöhnen auszukommen, geschweige aus Ersparnissen ein eigenes Geschäft gründen zu können, das vergessen sie vollständig. Es muß daher auch ausgesprochen werden, daß Angestellte gemeist nur durch schlechte Entlohnung zu Unredlichkeiten verleitet werden.

Die stets wachsende Teuerung zwingt die Gehilfen also, immer wieder neue Forderungen zu stellen, und mit der Durchführung wird die Organisationsleitung beauftragt. Die Organisation hat auch bisher in Verbindung mit der allgemeinen Gehilfenschaft nicht nur unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch die Zuweisung von Rohstoffen an die Betriebe ganz erheblich verbessert. Wenn es wider dem Eingehand heißt: „Giner, dem sein Beruf am Herzen liegt“, so glauben wir, daß den Meistern im allgemeinen die Moneten noch näher am Herzen liegen; beim Geldbeutel vergeht den Herren ihre Freundschaft zu den Arbeitern. Deshalb sind alle deutschen Kollegen aufzufordern, sich uns anzuschließen. Und die Meister sollten ihr altes Zünftlerystem beiseite legen und bei Verhandlungen die Vernunft mitsprechen lassen. Die Gehilfen wollen als Menschen leben, und darum ist jederzeit ein erträgliches Verhältnis zu erzielen, und nur wenn ein solches zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation besteht, wird unser Gewerbe auf gesundem wirtschaftlichem Boden erhalten bleiben können.

Georg Meyer, Vorsitzender der Konditorgehilfensektion „Franken“, Nürnberg-Fürth i. B.

Größe Krise in den Gewerkschaften Amerikas.

Innerhalb der Arbeiterorganisationen in Amerika seht eine Krise ein und macht rasche Fortschritte. Doch niemand, der für die Arbeiterklasse eine bessere Zukunft erstrebt, kann dies ernstlich bedauern. Amerika, das reichste Land der Welt und damit der wirtschaftlich stärkste Faktor unter den „Siegerländern“, braucht diese Krise. Sie muß noch um ein Gewaltiges verhärtet werden, soll die Arbeiterklasse Amerikas nicht auf Jahrzehnte hinaus in unerhörtester politischer Unterdrückung und brutaler wirtschaftlicher Ausbeutung verbleiben. Die Schuld daran kann bei objektiver Untersuchung der Dinge nur in dem geistig unentwickelten Zustand der Arbeitermassen des Landes und der Abgeschlossenheit und Rückschrittlichkeit ihrer bisherigen Organisation gesucht werden.

Die Trade-Union-Bewegung Englands hat in ihrer Geschichte sicherlich einige Schattenseiten, die für einen fortschrittlichen Gewerkschafter des europäischen Festlandes schwer zu verstehen sind. Ein günstiges Geschick hat es für dieses „Siegerland“ gebracht, daß diese Schattenseiten bei Ausbruch des Weltkrieges bereits teilweise überwunden waren und jetzt vollends im Verschwinden sind. In der durch England sehr stark beeinflussten Trade-Union-Bewegung in Amerika vermehrten sich gerade zur Zeit des Beginnes des Weltkrieges diese Schattenseiten, und seit dieser Zeit gibt es für sie scheinbar keinen Halt mehr.

Noch bevor Amerika eine der kriegsführenden Mächte war, haben die Führer der American Federation of Labor und die Beamten der großen Fachverbände der Regierung des Landes versichert, daß die wirtschaftlich organisierte Arbeiterschaft voll hinter der Regierung stehen werde, wann immer Amerika die Zeit für eine Beteiligung am Weltkrieg für gekommen erachte. Der einzige, schäblichste geäußerte Wunsch war, daß den Arbeitern in der Zeit der Kriegsführung ihr Organisationsrecht nicht vollständig genommen werden soll. Dies wurde von seiten der Regierung verprochen und auch gehalten, doch der Preis, von der wirtschaftlich organisierten Arbeiterschaft dafür bezahlt werden mußte, war ein furchtbar hoher. Er hat das Vertrauen der Arbeiter in die Fachverbände und in das ganze System, wie es durch die American Federation of Labor verkörpert wird, in seinen Tiefen erschüttert.

Die großen Bruderschaften der Eisenbahnbediensteten, die zu einem Anschluß an die American Federation of Labor bereit waren, mußten zusehen, wie ihre Aktionen durchkreuzt wurden. Von einem Anschluß an die American Federation of Labor konnte bald keine Rede mehr sein. Zu schwer sind diese Arbeiter geschädigt worden, um einen solchen Anschluß in absehbarer Zeit wieder in Erwägung zu ziehen, und zu lange haben sich die Bruderschaften in der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder an der Nase herumziehen lassen, um das früher vorhandene gewisse Vertrauen der Mitgliedschaft noch zu besitzen. Mehr als 100 000 ihrer Mitglieder gingen schließlich in Streik. Sie wurden als außerhalb aller Gesetze stehend erklärt. Ihre Aktion brachte für die gesamten Eisenbahnbediensteten eine annehmbare Lohnerhöhung. Viele von den Streikenden wurden nicht wieder angestellt. Aber unter den Eisenbahnbediensteten des ganzen Landes gärt es. Sie erklären, fertig zu sein mit Organisationen, die Versicherungsrichtungen höher stellen als den Kampf um bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse. Ein neuer Bund der Eisenbahnbediensteten ist im Werden!

Die mächtigste Kapitalistengruppe auf dem Gebiet der Industrie in Amerika ist der Stahltrust. Durch ihn wird nicht bloß der Rest der Schwerindustrie dirigiert, sein Einfluß ist auch für die Politik der jeweiligen Regierung der Union entscheidend. Selbst Kraftnaturen, wie Präsident Roosevelt eine war, wurden von dem Stahltrust gebeugt und gezwungen, seinen Interessen dienlich zu sein. Die Arbeiter der Stahlindustrie sind bisher im allgemeinen nicht organisiert gewesen. Mehr als 30 % dieser Arbeiter arbeiten 7 Tage die Woche, 10 bis 14 Stunden täglich, und 70 % verdienen weniger, als zum Leben unbedingt notwendig ist. Um diese Schande zu beseitigen, wurde seit Jahren von der American Federation of Labor verlangt, eine große Organisationskampagne zur Organisation der Stahlwerker in die Wege zu leiten. Als Amerika in den Weltkrieg eintrat, konnte diese Organisationskampagne nicht mehr verweigert werden. Solange das Land aber am Krieg beteiligt war, wurde ein Kampf durch die American Federation of Labor hintangehalten. Als der Krieg beim Waffenstillstand angelangt war, der Stahltrust seine Produktion zu reorganisieren hatte, wurde das Signal zum Losschlagen gegeben. Wochenlang waren die Stahlwerker zu Hunderttausenden im Streik. Der Stahltrust hatte Gelegenheit, seine Umänderungen in der Produktion in die Wege zu leiten. Er eriparte durch den Streik Millionen an Arbeitslöhnen. Als alles für eine Wiederaufnahme der Arbeit bereit war, hatten

die Stahlwerkerarbeiter ihren Streik verloren und der Stahltrust brachte eine Extrabillende von Hunderten von Millionen Dollar zur Verteilung. Das an den Stahlwerkern begangene Verbrechen wurde von den Beamten der American Federation of Labor damit entschuldigt, daß es unmöglich gewesen sei, die Zustimmung zum Kampf von den 27 in Betracht kommenden Fachorganisationen zu einer Zeit zu erhalten, zu der noch Aussicht auf Erfolg war. Die Arbeiter in den Stahlwerken, meistens Ausländer, haben aus ihrer Niederlage jene Schlußfolgerung gezogen, daß für einen Kampf gegen den Stahltrust eine andere Organisation als die Fachverbände notwendig ist. Da die American Federation of Labor ihnen eine andere, mehr den Bedürfnissen angepaßte Organisationsform als die Fachverbände nicht geben kann und nicht geben darf, sind sich auch die Stahlwerkerarbeiter klar, daß sie sich außerhalb der Trade-Union-Bewegung zu organisieren haben. So ist die Krise innerhalb der Arbeiterbewegung Amerikas nach allen Richtungen hin wirksam und eine Notwendigkeit.

Und nur einige Zeilen seien in bezug auf die Bergarbeiter gesagt. Ausländer sind es meist, die die Kohlen graben und das Erz schürfen. Mehr als 700 000 Mitglieder zählt der Fachverband der Bergarbeiter. Solange Amerika nicht in den Krieg mitverwickelt war, nahm das wöchentliche Organ des Verbandes eine anerkanntswerte, vornehme Haltung ein. Nach dem 6. April 1917 sank die Haltung des Blattes so tief, daß es von keinem kapitalistischen Blatte an patriotischem Geschrei überboten werden konnte. Stolz wurde es den kapitalistischen Kriegsmachern berichtet, daß der Bergarbeiterverband die größte militärische Dienstreife des Landes besitzt, daß seine Mitglieder, wenn auch Ausländer, wissen, was sie dem Lande schulden und an Patriotismus nicht überboten werden können. O, es war wunderschön! Die Bergwerksgesellschaften machten bis zu 3000 % Reingewinn im Jahr, die Bergarbeiter hungerten, da die Preise immer höher gingen. Und sie hungern noch. Als der Krieg zu Ende war, wurde eine entsprechende Erhöhung der Löhne und stetige Arbeit, wenigstens 30 Stunden die Woche, verlangt und mit einem Streik durchzusetzen versucht. Da kam die Regierung des Landes den Bergwerkseigern mit einem Einhaltsbefehl zu Hilfe. Keiner der Beamten des Verbandes durfte sich mit den Streikenden in Verbindung bringen, kein Cent Streikunterstützung durfte aus dem 15 Millionen Dollar betragenden Streikfonds zur Auszahlung kommen und die Arbeit mußte wieder aufgenommen werden, bevor eine von der Regierung vorgeschlagene Kommission sich mit der Regelung der Streitfragen befaßte. Das Resultat der Beratungen der eingesehten Kommission hat den Arbeitern keine Befriedigung gebracht. Mehr als 100 % sind die Preise der Bedarfsartikel des täglichen Lebens in die Höhe gegangen, die Löhne wurden um nur 17—27 % erhöht. Ein Kampf konnte nicht erlaubt werden, weil sich die Organisationsleiter verpflichtet hatten, keinen Streik zu bewilligen und die gerichtlichen Einhaltsbefehle im Wege waren. Hunderttausende der Bergarbeiter nahmen Urlaub; Urlaub von ihrer Arbeit und Urlaub von ihrer Organisation. Der Preis der Kohle ist um weitere 100 % erhöht worden. Bis zu 20 Dollar (das sind 5200 Kr.) müssen für eine Tonne Weiskohlen bezahlt werden, sie kosten in ihrer Produktion keine 400 Kr. Die Ausbeutung dieser Arbeiter ist eine furchtbar hohe. Mehr als 100 000 Bergarbeiter lehnen es ab, am alten Strang ihrer Organisation weiterzuziehen, mit dem sie so fest an die Welt des sie ausbeutenden Kapitalismus gebunden, an Händen und Füßen gefesselt, der kapitalistischen Reichsregierung ausgeliefert wurden. Zwischen den Vertrauensmännern der Bahnbediensteten, den Vertrauensleuten der Stahlwerkerarbeiter und des Bergarbeiterverbandes sind gegenwärtig Unterhandlungen im Gange, eine gemeinsame Organisation auf industrieller Basis zu errichten.

Seit Jahren bestehen bereits zwei Verbände, die sich Industriearbeiter der Welt nennen: einer mit dem Sitz in Chicago, mehr als eine halbe Million Mitglieder zählend, und der andere mit dem Sitz in Detroit, etwa 100 000 Mitglieder stark. Das sind Verbände für ungelernete Arbeiter und Wanderarbeiter, für deren Organisationsbedürfnisse innerhalb der American Federation of Labor nicht vorgesorgt war, sie schließen aber auch die geleerten Arbeiter mit ein, sofern sie durch sie organisiert werden können. Ihre allgemeine Haltung ist syndikalistisch. Abseits davon besteht bereits eine große Anzahl sogenannter „unabhängiger Fachorganisationen“, die es ablehnen, sich einem so reaktionären Körper wie der American Federation of Labor anzuschließen, oder davon ausgeschlossen wurden, wie die Automobilarbeiter, deren Verband 60 000 Mitglieder zählt, oder der neugegründete Verband der Lebensmittelarbeiter Amerikas mit dem Sitz in Newyork, der durch Bäckerarbeiter gegründet wurde, die seinerzeit wegen der radikalen Bekämpfung des Kompermus vom Verband ausgeschlossen wurden.

Diese Krise in der Gewerkschaftsbewegung Amerikas hat auch für die Arbeiter Europas ihre Bedeutung, und es ist wichtig, daß sie darüber informiert sind. Sicher ist es richtig, daß die Arbeiter des eigenen Landes selbst damit fertig zu werden haben. Aber ebenso richtig ist es, daß die Arbeiter Europas und aller andern Länder der Welt von Rückwirkungen betroffen werden, die ihre Ursache in den Umständen haben, die in den Organisationsverhältnissen der Arbeiter Amerikas vorhanden sind. Die eigenartigen Verhältnisse des Landes und seine Stellung innerhalb der Weltmacht kann und muß die Arbeiter außerhalb Amerikas an der hier vorhandenen Krise sogar direkt interessieren; denn ihre Anstragung ist nicht ohne internationale Bedeutung. Ende September hat Samuel Compers im offiziellen Blatte der American Federation of Labor, im „The American Federationist“ bereits die Erklärung veröffentlicht, daß die American Federation of Labor aufgehört habe, eine an dem Internationalen Gewerkschaftsbund der Welt angehörende Gruppe zu sein. Niemand hat Samuel Compers ermächtigt, diese Erklärung abzugeben, aber um solche Nebenächlichkeiten kümmert sich der Präsident der American Federation of Labor nicht. Er hat auch keine Ursache es zu tun. Seit mehr als 30 Jahren gilt in dieser Körperschaft, was Samuel Compers sagt. Wicso sollte er sich jetzt die Frage vorlegen, das außer ihm auch noch jemand anders, etwa gar die Mitgliedschaft, etwas zu sagen habe? Und innerhalb der loyalen Gewerkschafter des Landes ist auch niemand vorhanden, der so etwas ernstlich verlangen würde.

Der Austritt ist auf den über Gorthy-Ungarn durch den Internationalen Gewerkschaftsbund verlangten Boykott zurück-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Telegrammadresse: Bäckerverband Hamburg.

Errichtung einer neuen Zahlstelle. Auf Antrag des Bezirks Bremen wird die Zustimmung erteilt, daß im Norden (Ostfriesland) vom 1. Januar an eine selbständige Zahlstelle errichtet wird.

Der Verbandsvorstand.

J. H. Alfred Fik, zweiter Vorsitzender.

Quittung.

Vom 18. bis 19. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für November: Cassel 4336,50 M., Chemnitz 4079,20, Sieben 218,90, Gelnau 68, Jena 277, Lützenheid 171,40, Lier 336,70, Zwickau 709,90, Dresden 31387, Nachen 970,80, Annaberg 373,40, Bernburg 200,70, Erfurt 1804,40, Göttingen 282,60, Frankfurt a. M. 11951, Greifswald 299,60, Hameln 122,50, Harnersleben 411,20, Köslin 276,20, Hannover 12749,20, Hof 911,50, Kolberg 396, Lörach 1066,20, Mannheim 3655,60, Regensburg 1061, Saarbücken 1015,90, Langermünde 2625,50, Lütj 229,60, Weisenfels 300,80, Rugsburg 1261,50, Wismar 213,10, Waagen 652,80, Brandenburg 443, Langig 3951,50, Jzeho 213,80, Apolda 511,60, Bayreuth 1346,20, Beuthen 164,80, Bochum 752,40, Emden 146,80, Forst 163,90, Frankfurt a. d. O. 421, Freiburg 1825,90, Hamborn 577,40, Samau 381,80, Herne i. W. 466,10, Hildesheim 613,30, Hinderburg 38,50, Kiel 4023,50, Meuselwitz 393,20, Mühlheim a. d. R. 385,90, Neumünster 91,20, Osnabrück 328,70, Oberhausen 461,60, Pirna 660,90, Pöfned 3053,80, Riesa 505,40, Rißlingen 366,70, Schmöln 108,80, Stendal 111,60, Striegan 190,50, Stuttgart 6642, Suhl 224,40, Weisfeld 7104,40, Göttingen 11960,90, Dortmund 2075,20, Gotha 506, Hirschberg 740,50, Karlsruhe 902,60, Kaiserlautern 108,20, Potsdam 1096,80, Rendsburg 397, Rothenheim 144,40, Scherwin 1458,40, Schölar 189,20, Solingen 1392,60, Uetersen-Elmsdorf 281, Wierfen 2814,50, Waldenburg 441, Wiesbaden 2917,80, Weiswasser 64, Wittenhausen 196,60, Zeitz 2661,60, Zwickau 1760,80, Achim 160,60, Berlin 33212,90, Altona 452,90, Duisburg 1290,40, Glogau 324,40, Göttingen 171,40, Mainz 2813, Minden 38,40, Oeynhausen 302,30, Werder 578,40, Weisen 530,20.

- Für Technik und Wirtschaftswesen: Trier 50 M., Zwickau 25,50, Dresden 382,50, Nachen 3, Göttingen 12, Greifswald 7,50, Harnersleben 4,50, Hameln 18, Kolberg 3, Köslin 13,50, Regensburg 4,50, Saarbücken 51, Langermünde 3, Lütj 1,50, Langig 60, Jzeho 7,50, Apolda 1,50, Bayreuth 67,50, Emden 7,50, Frankfurt a. d. O. 22,50, Herne 9, Hildesheim 7,50, Hinderburg 4,50, Mühlheim a. d. R. 6, Osnabrück 10,50, Riesa 15, Rißlingen 27, Stendal 9, Suhl 1,50, Hirschberg 16,50, Wierfen 7,50, Schwerin 9, Kaiserlautern 4,50, Gotha 9, Potsdam 25,50, Solingen 7,50, Weisfeld 58,50, Waldenburg 76,50, Zeitz 13,50, Rendsburg 4,50, Rothenheim 13,50, Plauen 64,50, Glogau 6, Zwickau 63, Ratibor 9, Weisen 4,50.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Nachen 7 M., Erfurt 7, Köslin 84, Regensburg 7, Jzeho 7, Smitz 14, Waldenburg 7, Altona 7.

Für Jahrbücher: Saarbücken 10 M., Lütj 10, Apolda 3, Osnabrück 1.

Für Protokolle: Cassel 80 M., Zwickau 12, Regensburg 4, Riesa 4, Wiesbaden 52, Mainz 20.

Für Abonnements und Annoncen: Reichardt-Hamburg — 50 M., Prof. Dr. Kammendorf 2,60, Grimmschlag 6, Wilkes-Hamburg 16,20, Hirschberg 6.

Mit der Hauptkasse relieren für November: Amberg, Braunschweig, Breslau, Buer, Celle, Düsseldorf, Friedberg, Gelsenkirchen, Guben, Ebbau, Münster, Neke, Oldenburg, Radeborn, Reutheid, Sagan, Straubing, Trossenau, Uim, Wschaffenburg, Zeterow, Wanne, Zwischenahn, Stargard.

Abrechnung ohne Geld gesandt: Herford, Straßburg, Grunow, Göttingen, Essen, Reddinghausen, Reichenheim, Leisnig-Zöbeln, Delmenhorst, Jungolstadt, Darmstadt und Freiberg.

Geld ohne Abrechnung gesandt: Braut. Der Hauptkassierer. O. Freytag.

Aus den Bezirken.

Bremen. Die Bureauadresse ist vom 14. Dezember an Jarcenstr. 59/60, 2. Et., Zimmer 35 (Gewerkschaftshaus).

Lohnbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Der Abschluß des Tarifes in Annaberg vom 28. November bringt eine Lohnhöhung von durchschnittlich 76 M. pro Woche für jeden Kollegen.

Durch den neuen Tarif mit der Bäckerinnung in Chemnitz wurden die Löhne vom 14. November an auf 210 beziehungsweise 200 M. festgesetzt. In Betrieben mit mindestens 3 Kollegen ist einer davon als Werkmeister zu bestellen; dieser erhält dann 210 M. Bei Beschäftigung von mindestens 5 Kollegen erhält der Werkmeister 270 M.

Schiedspruch in Freiburg i. Br. Die Gehilfen verlegten durch die Organisation 50 M. weitere Lohnforderung. Die Forderung verwarf die Angelegenheit 2 Monate hindurch und letzte in 2 Generalversammlungen jede Verhandlung ab. Der dem Schlichtungsausschuß mußten sich die Herren beugen lassen, daß große Industriekaplane mit der Arbeiterchaft respektive ihrer Vertreter verhandeln und die Freiburger Forderung sich nicht ergibt, wenn sie besetzt ist. Durch Schiedspruch wurden dann die Löhne mit sofortiger Wirkung (vom 6. Dezember 1920 an) wie folgt

geregelt: Für erste Gehilfen 215 M., für zweite Gehilfen 205 M., für Gehilfen im ersten Jahre nach der Lehre 190 M. Für Rost und Logis können pro Woche 70 M. in Abzug gebracht werden.

Konditoren.

Nach der Lohnhöhung in Chemnitz betragen die Löhne für Konditorgehilfen von 17 bis 18 Jahren 170 M., von 18 bis 20 Jahren 180 M., von 20 bis 24 Jahren 200 M. und über 24 Jahre 225 M.

Korrespondenzen.

Apolda. Am 10. dieses Monats tagte im Verbandslokal „Zum goldenen Lamm“ unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kollege Arno Seidel hielt einen anregenden Vortrag über die Errichtung eines Nahrungsmittel-industrieverbandes. Obwohl diese Frage schon des öfteren von allen in Frage kommenden Verbänden ventilirt worden ist, scheint die Ausführung der Beschlüsse des letzten Verbandstages noch in weiter Ferne zu liegen. Seidel führte aus, daß der Frage ganz energisch nähergetreten werden müsse. Selbst die vom Verbandstage gewählte Kommission scheine in dieser Beziehung recht nachhaltig zu sein. (Zustimmliche Auffassung!) Die Kommission hat gelangt und wird in den nächsten Wochen wieder zusammentreten. Es wird von allen Seiten mit Nachdruck gearbeitet. Die Redaktion.) An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen im Sinne des Referenten, und es wurde eine entsprechende Resolution angenommen, in der baldiger Bericht gefordert wird.

Lörach i. B. Die Mitgliederversammlung am 12. Dezember nahm ebenfalls zu der Errichtung des Industrieverbandes Stellung und faßte eine Resolution, in der der Verbandsvorstand zu beschleunigten Arbeiten aufgefordert wird.

Aus gegnerischen Organisationen.

Ein gelber Gewerkschaftsbund der Handwerker. Damit die in den Handwerksbetrieben Beschäftigten vollends zur Ohnmacht ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung verurteilt werden sollen, wurde ein gelber Gewerkschaftsbund gegründet. Erreutlichweise steht hinter der Gründung keine Geselligkeit. Der gelbe Gewerkschaftsbund trägt von vornherein das Rainszeichen auf der Stirn, und solche übertriebene Pflichten werden von allen aufrechten Arbeitern mit Abscheu gemieden.

Sozialpolitisches.

Wo bleiben die Anteilsscheine? Mehr als ein Drittel der Anspruchsberechtigten an unsere Kriegsversicherungskasse hat sich trotz unserer mehrfachen Aufforderung noch nicht gemeldet.

Im Interesse einer glatten Abwicklung des Geschäfts liegt es, wenn nunmehr umgehend die Anteilsscheine mit genauer Adresse an das Hauptbureau der Volksfürsorge, Hamburg 6, eingeliefert werden.

Unsere Mitarbeiter bitten wir nochmals dringend, alles zu tun, um den Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer zu ihrem Gelde zu verhelfen, das in unserer Hauptkasse für sie bereit liegt.

Veranstaltungs-Anzeiger

Dienstag, 28. Dezember: Cassel a. Rh. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Restaurant „Zum Girs“, Gacillenstraße. Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr, Holzgraben 7. Weisfeld (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Keglerheim“, Nordstr. 17. Mainz (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im „Gartenberg“, Stadthausstraße. Nürnberg-Gürth. (Konditoren.) Im „Freizeit“, Bantgasse, Nürnberg.

Mittwoch, 29. Dezember: Cassel (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Friedrichsplatz“. Weisfeld (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im Gasthaus zu Gröba. Wiesbaden (Konditoren.) 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Michelsberg.

Donnerstag, 30. Dezember: Döbling. Im Restaurant „Karlstr. Walden“, Waldmühlstraße. Witten i. Rhld. 7 1/2 Uhr im Restaurant Kornel, Wilhelmstr. 23. Ratibor. 6 Uhr im Volkshaus. Rißlingen-Wilhelmschaden. Im „Jewerländischen Hof“, Rißlingen, Werr. Straße. Stuttgart. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant „Zum Vöhringer Adler“, Schmale Straße 13. Werder a. d. S. Im Restaurant „Schwarzer Adler“, Fischerstr. 28.

Samstag, 2. Januar: Annaberg i. G. 1 1/2 Uhr, „Zur Förste“, Am Stadtdelch. Witten i. Rhld. 7 1/2 Uhr bei Us, „Zum Stern“, An der Promenade. Dortmund. 3 Uhr, „Zum goldenen Löwen“, Erste Kampstr. 22. Pöfned. Vorm. 10 Uhr bei P. Schulte, „Düffelder Hof“, Königstr. 114. Düsseldorf. Vorm. 10 Uhr im Volkshaus, Ringerstr. 17. Eisenberg. (Lehrlinge.) 2 Uhr bei Schöner, Siegelgasse 4. Elmshorn. 2 1/2 Uhr bei Stern, Schiffer 44. Glogau. Vorm. 10 Uhr im „Bitterlich-Hof“, Preussische Straße 20. Göttingen. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kubitz 2. Herne i. W. Vorm. 10 Uhr bei Hirschen, Bahnhofstraße. Hirschberg. Vorm. 10 Uhr bei Wenz, Schiffer 32. Hildesheim. (Einnahmeh.) 8 Uhr in „St. Elisabeth“, Mühlenterrasse 28. Hinderburg i. B. Vorm. 10 Uhr. Trier. Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Bavaria“, Am Rietmarkt. Weisfeld. Vorm. 8 Uhr im Volkshaus, Gewerkschaftshaus.

Anzeigen

Nachruf. [5. A.] Am 18. November hard unser Mitglied, der Bäcker **Fritz Taube** im 58. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Verwaltung Berlin.

Werbt unangezeigt neue Mitglieder!

[5. A.] **Sparclub „Puhelkiste“.** Sonntag, den 25. Dezember 1920 (Erster Weihnachtstag): **Großer Weihnachtssball** bei Karl Schummann, Altona, Hochstraße 14. Anfang 4 Uhr nachmittags. Gäste willkommen.

zuführen. Compers mußte dem Dollarherrschaft und der Regierung des Landes beweisen, daß die American Federation of Labor mit solchem Radikalismus des Internationalen Gewerkschaftsbundes nichts zu tun hat, und rief herbei er sich daher, zu erklären, daß die American Federation of Labor angehört habe, mit ein Teil des Gewerkschaftsbundes zu sein. Und er tat noch mehr. Er besuchte Präsident Wilson und reichte ihm mit, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft Amerikas wie ein Mann, so wie im Weltkrieg, hinter der Regierung des Landes stehen werde, wenn sich diese Regierung aufrichter sollte, untern in Mexiko Ordnung zu machen. Möglich, daß Europa wenig Ahnung davon hat, daß eine Gefahr des Krieges zwischen Amerika und England besteht, und daß diese Gefahr bis zur drohenden Katastrophe vergrößert wird durch die Habgier des Dollarherrschafts, wie sie in Bezug auf Mexiko zum Ausdruck kommt. Der Ausbruch dieser Katastrophe könnte Europa zweifellos nicht unberührt lassen.

Die Krisis in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in Amerika muß und wird eine Neuformierung der gewerkschaftlich organisierten Streitkräfte des Landes bringen. Nur durch eine solche Neuformierung ist die Hoffnung gegeben, daß auch im Lande des Dollarherrschafts ein ernstlicher Kampf gegen den Kapitalismus als gesellschaftliche Macht aufgenommen wird. Nur durch eine solche Neuformierung können die Arbeiter der Welt erwarten, daß von hier aus internationale Solidarität genützt wird. Wenn es jemals eine Zeit gegeben hat, in der die Arbeiter der Welt wirkliche internationale Solidarität notwendig gebraucht haben, so in diese Zeit jetzt hier. Sie muß möglich gemacht werden. Was fallen uns, soll fallen, und gesendet sei die Krisis, die eine solche neue Zeit anbahnt, die Zeit des Kampfes gegen den Kapitalismus als gesellschaftliche Macht und die Zeit internationaler Arbeiterklassensolidarität. J. J.

Der Zentralausschuß der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie

tagte am 8. und 9. Dezember in Leipzig. Er konstituierte sich zunächst auf Grund der neuen Arbeitsgemeinschaft für die beginnende Tarifperiode. Zu Vorsitzenden wurden wieder von Seiten der Arbeitgeber Herr Syndikus Greiert und von Seiten der Arbeitnehmer Kollege Josef Biermeier gewählt.

Diesem Ausschußes für die Arbeitnehmer förderte diese erste Sitzung leider nicht zutage. Die Arbeitgeber glaubten, den Wortlaut des jetzigen Lohnabkommens so auslegen zu müssen, daß unter allen Umständen bis zum 31. Dezember 1920 keine Abänderung der Löhne eintreten dürfe und erst nach diesem Zeitpunkte bei wesentlicher Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Abänderung der Lohnsätze beantragt werden könne. Sie lehnten infolge dieser Auslegung einstimmig eine von den Arbeitnehmern geforderte Erhöhung der Grundlöhne ab, waren aber bereit, bis zum 15. Januar 1921 in neue Verhandlungen über diese Frage einzutreten. Die Arbeitnehmer erklärten schließlich ihr Einverständnis zu diesen Terminen unter der Voraussetzung, daß dann etwa beschlossene Lohnveränderungen mit Wirkung vom 2. Januar an greift werden müßten.

Einem letzten Punkt nahmen die Verhandlungen über eine Reihe von Anträgen auf Erhöhung von Ortszuschlägen ein; sie wurden von den Arbeitgebern ebenfalls nicht genehmigt, da sie darin das planvolle Vorgehen unserer Organisation erblickten, eine allgemeine Erhöhung der Löhne zu erreichen, während es sich hierbei in Wirklichkeit nur um den schon längst notwendigen Ausgleich von zum Teil recht hohen Ungerechtigkeiten infolge ganz verschiedenartiger Forderungen von Orten, deren Industrie bei oberflächlicher Prüfung gleichbedeutend, handelt. Einige Anträge, die auf höhere Frachtpreise Bezug nahmen, wurden zur nachmaligen Verhandlung an die Bezirksausschüsse zurückverwiesen, oder es wurde eine weitere Stellungnahme in der nächsten Sitzung beschlossen.

Ein etwas längeres Ergebnis ergaben Anträge auf Gewährung von Ausgeglichenheiten für das besetzte Gebiet. Nach Begründung der Anträge und nach einem Gegenvorschlag der Arbeitgeber wurde eine freigelegte partielle Kommission gewählt. Die Kommission unterbreitete nach gründlicher Beratung folgenden Vorschlag, der vom Zentralausschuß dann zum Beschluß erhoben wird:

Es wurden für die Getreide- und Industriewarenindustrie des besetzten Gebietes des Verbandes Rheinland-Westfalen folgende außerordentliche Lohnveränderungen mit Wirkung ab 1. Dezember festgesetzt, das heißt erstmalig für die volle Lohnwoche, in die der 1. Dezember fällt:

| | | |
|-------------------------------|---------------|----|
| Facharbeiter über 23 Jahre | pro Stunde 70 | 4 |
| von 20 bis 23 Jahren | 50 | 50 |
| bis 20 Jahre | 40 | 40 |
| Facharbeiter über 23 Jahre | 70 | 70 |
| von 20 bis 23 Jahren | 50 | 50 |
| 18 bis 20 | 40 | 40 |
| 16 bis 18 | 35 | 35 |
| unter 16 Jahren | 30 | 30 |
| Einzelverdiener über 20 Jahre | 45 | 45 |
| von 18 bis 20 Jahren | 35 | 35 |
| 16 bis 18 | 30 | 30 |
| unter 16 Jahren | 25 | 25 |

Ortszuschläge bleiben unverändert. Die Ortszuschläge für Chemnitz und Gera werden ab 1. Dezember auf 7 1/2 festgesetzt.

Es wird jedes Quartier frei, bei Neuregelung der Lohnsätze die Frage der außerordentlichen Lohnveränderung für das besetzte Gebiet erneut zur Debatte zu stellen.

Die Neuordnung der Löhne erfolgt: Grundlohn + Ortszuschlag + Lohnveränderung.

Spätestens am 25. Dezember ist der 53. Wechselliefertrag für 1920 (26. Dezbr. bis 1. Januar) fällig.